

---

# PRESSE-DIENST

---

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN  
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

---

Frühjahrspressekonferenz 2011 ... Frühjahrspressekonferenz 2011 ... Frühjahrspressekonferenz 2011

## **Ergebnis einer Blitzumfrage bei 35 ausgewählten Unternehmen mit annähernd 45.000 Beschäftigten in Hamburg**

Die Auswertung ist am 13. April 2011 abgeschlossen worden.

**Eine Auswahl von Wirtschaftsführern (Vorstände/Geschäftsführer) in Hamburg ist zum Ausgang der Bürgerschaftswahl insgesamt sowie zu den Erwartungen an die einzelnen Ressorts befragt worden. An der Umfrage haben sich die Meinungsbildner der größeren Unternehmen der Hamburger Wirtschaft beteiligt.**

**Abgefragt wurden außerdem die Erwartungen an den Ersten Bürgermeister in Bezug auf die Zusammenarbeit von Hamburg und Schleswig-Holstein.**

### **Zufriedenheit mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahl**

35 Unternehmen mit fast 45.000 Beschäftigten haben sich zu dem Ausgang der Bürgerschaftswahl geäußert.

79 % der befragten Unternehmen sind mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahl zufrieden, 9 % unzufrieden und 12 % haben sich der Stimme enthalten.

Das positive Gesamtergebnis der UVNord-Umfrage zeigt, dass die Hamburger Wirtschaftsführer mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahl insgesamt zufrieden sind. Besonders positiv werden die klaren politischen Verhältnisse durch die absolute Mehrheit der SPD bewertet. Die Wirtschaftsführer versprechen sich durch den Ein-Parteien-Senat einen klaren und berechenbaren politischen Kurs, der nicht durch „faule Kompromisse“ mit einem Koalitionspartner wie in der Vergangenheit geprägt ist. Der Erste Bürgermeister wird als sehr kompetent eingeschätzt und man erwartet von ihm eine klare Führung des Hamburger Senats sowie eine einheitliche Linie für Zukunftsfragen.

Das Konzept der wachsenden Stadt sollte durch den Ersten Bürgermeister und den gesamten Senat fortgeführt und vor allem gelebt werden.

Von den nachfolgend genannten Ressorts erwarten die Unternehmen:

*(Die Behördenbezeichnungen beziehen sich auf die voraussichtlich ab dem 1. Mai d.J. geltende Geschäftsverteilung des Senats.)*

**Behörde für Wirtschaft,  
Verkehr und Innovation**  
(Frank Horch)

Von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation erwarten die Unternehmen die zügige Realisierung der Elbvertiefung/Fahrrinnenanpassung sowie die Umsetzung der dringend benötigten Hafenuferspange. Außerdem fordern eine Vielzahl der Unternehmen die endgültige Aufgabe des Stadtbahnprojektes und erteilen einer möglichen City-Maut eine deutliche Absage. Des Weiteren erwarten die Unternehmen, dass sich die Behörde zukünftig für eine stabile Energiepolitik und den Erhalt energieintensiver Industrien in Hamburg einsetzt. Im Übrigen wird eine engagierte Mittelstandspolitik zum Wohle der gesamten Wirtschaft in Hamburg gefordert.

**Behörde für Stadtentwicklung  
und Umwelt**  
(Jutta Blankau)

Von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird überwiegend ein Konzept für die Ausweitung des Wohnungsbaus in Hamburg gefordert. Die Abkehr von der Einführung von Umweltzonen sowie eine ideologiefreie Entwicklung der wachsenden Stadt sind ebenso formulierte Erwartungen. Außerdem fordern die Unternehmen keine Verschärfung von EU- bzw. Bundesregelungen z.B. im Umweltbereich durch Landesrecht. Ebenso wurde als Erwartung formuliert, dass die Behörde auch zukünftig ausreichend Gewerbeflächen zur Ansiedlung von Industriebetrieben bereitstellen muss.

**Behörde für Arbeit und Soziales**  
(Detlef Scheele)

Die Hamburger Arbeitgeber erwarten von der Behörde für Arbeit und Soziales, dass auch zukünftig die erfolgreichen Anstrengungen zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter vorangetrieben werden. Außerdem erwarten die Unternehmen Initiativen zur Fachkräftesicherung sowie die Schaffung von mehr Anreizen zur Arbeitsaufnahme von Arbeitssuchenden.

**Finanzbehörde**  
(Dr. Peter Tschentscher)

Die Sanierung des Haushaltes sowie die Einhaltung der Schuldenbremse sind die Kernerwartungen der Arbeitgeber an die Finanzbehörde. Die Unternehmen fordern einen konsequenten Sparkurs zur Konsolidierung des Haushaltes.

Einige Unternehmen erwarten außerdem mehr Sorgfalt bei der Erstellung von Steuerbescheiden.

**Behörde für Schule und Berufsbildung**  
(Ties Rabe)

Von der Behörde für Schule und Berufsbildung erwarten die Unternehmen große Anstrengungen bei der Weiterentwicklung der Qualifikation von Schulabgängern sowie klare und vor allem planbare Strukturen in der Hamburger Schulpolitik. Die Arbeitgeber fordern, dass es zu keinen weiteren Experimenten in der Schulpolitik auf den Schultern der Schüler kommt.

Außerdem sollte dem Übergangmanagement von der Schule in den Beruf auch zukünftig breite Unterstützung entgegengebracht werden.

**Behörde für Kultur, Sport und Medien**  
(Prof. h.c. Barbara Kisseler)

Von der Behörde für Kultur, Sport und Medien erwarten die Unternehmen, dass das Kulturimage von Hamburg weiter verbessert wird. Die Metropole Hamburg sollte sich im Bereich Kultur noch professioneller nach außen aufstellen.

In Bezug auf den Bau der Elbphilharmonie erwarten die Unternehmen einen klaren und vor allem professionellen Kurs sowie ein „Machtwort“ im Hinblick auf die Kostenentwicklung. Einige Unternehmen fordern zudem, dass die Bereiche Musik, Sport und Kunst stärker in die Schulausbildung der Jugendlichen integriert werden müssten. Außerdem wird erwartet, dass die Medien bzw. die Medienwirtschaft wieder stärker in den Fokus der Behörde rücken.

**Behörde für Wissenschaft und Forschung**  
(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Die Unternehmen erwarten von der Behörde für Wissenschaft und Forschung, dass der Wissenschafts- und Technologiestandort Hamburg zukünftig weiter aufgewertet wird. Es sollten Kapazitäten gebündelt werden und die Innovationsfähigkeit stärker herausgestellt werden. Gerade für Top-Wissenschaftler sollte Hamburg attraktiver aufgestellt werden.

**Behörde für Inneres**  
(Michael Neumann)

Von der Behörde für Inneres erwarten die Unternehmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit keine weitere Schwächung der Polizei. Aus Sicht der Unternehmen hat das Sicherheitsgefühl in öffentlichen Verkehrsmitteln durchaus noch Steigerungspotential. Des Weiteren fordern die Unternehmen von der Behörde mehr Initiativen in Bezug auf den Bürokratieabbau.

**Justizbehörde**  
(Jana Schiedeck)

Von der Justizbehörde erwarten die Unternehmen ein härteres Durchgreifen bei Intensivtätern sowie schnellere Verfahren und einen beschleunigten Strafvollzug. Einige Unternehmen berichten außerdem von zum Teil überlasteten Richtern an den Hamburger Gerichten, diesen Zustand gilt es abzustellen.

**Behörde für Gesundheit  
und Verbraucherschutz**  
(Cornelia Prüfer-Storcks)

Die befragten Unternehmen erwarten von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz eine vertrauensvolle sowie konstruktive Zusammenarbeit, die auch die Eigenverantwortung der Bürger stärkt.

**Zusammenarbeit der Freien  
und Hansestadt Hamburg  
mit Schleswig-Holstein**

82 % der befragten Unternehmen erwarten von dem Ersten Bürgermeister, dass er die derzeitige Zusammenarbeit Hamburgs mit Schleswig-Holstein weiter vertieft, nur 6 % erwarten eine eingeschränkte Zusammenarbeit und 12 % der Unternehmen haben sich einer abschließenden Stimme enthalten.

Die Unternehmen erwarten, dass die sich in den letzten Jahren verstetigte Zusammenarbeit der beiden Bundesländer von der SPD-Regierung fortgesetzt wird. Die Unternehmen sehen Hamburg und Schleswig-Holstein bereits als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum an. Konsequenterweise müssen jetzt eine vergleichbare Schulausbildung, ein gemeinsames Marketingkonzept sowie ein länderübergreifendes Verkehrskonzept für den Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr entwickelt werden. Parallel ist die Politik aufgefordert, die Weichen zu stellen, um auf lange Sicht zu einem gemeinsamen Bundesland mit einer schlanken und effizienten Verwaltungsstruktur zu kommen.

Die Unternehmen erwarten außerdem die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsförderung sowie die Möglichkeit, sich eines gemeinsamen Förderinstitutes im Norden bedienen zu können.

## **Fazit**

Die Wirtschaftsführer sind mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahl insgesamt zufrieden. Die Erwartungen an die SPD mit absoluter Mehrheit sind jedoch groß. Die Unternehmen erwarten, dass die SPD einen klaren Kurs zum Wohle Hamburgs einschlägt. Das Konzept der wachsenden Stadt muss wieder mit Leben gefüllt werden. Ebenso erwarten die Unternehmen, dass der Erste Bürgermeister die Bestrebungen zur länderübergreifenden Zusammenarbeit der vergangenen Monate weiter vorantreibt.

Die Erwartungen an die einzelnen Senatsmitglieder und Ressorts sind höchst unterschiedlich formuliert worden.

Hamburg, 14. April 2011